

## **Stellungnahme Kuratorium umfassende Landesverteidigung (KULV) zum offenen Brief „Unsere Sicherheit“**

Am 09.05.2022 wurde ein OFFENER BRIEF AN DEN BUNDESPRÄSIDENTEN, DIE BUNDESREGIERUNG, DEN NATIONALRAT UND DIE BEVÖLKERUNG ÖSTERREICHS<sup>1</sup> gerichtet. Dieser Brief wurde von einigen Unterstützern unterzeichnet. Als Betreiber wird in Sozialmedia ein gewisser Herr Veit V. Dengler<sup>2</sup> angesprochen.

Das überparteiliche KULV befindetet, dass sich in der Darstellung schwerwiegende Mängel befinden. Der Brief wird in der Folge vom KULV **in Rot** bewertet.

*Wir, die Unterzeichner:innen dieses offenen Briefs, fordern eine ernsthafte, gesamtstaatliche Diskussion über die sicherheits- und verteidigungspolitische Zukunft Österreichs und die Verabschiedung einer neuen Sicherheitsdoktrin.*

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist nicht nur ein Verbrechen und eine Tragödie, sondern auch **der letzte Warnruf an die freie Welt**, der auch Österreich angehört. Wenn wir unser **Lebensmodell** einer unabhängigen, demokratischen und dem Rechtsstaat verpflichteten Gesellschaft beibehalten wollen, müssen wir uns *dringlich* einer ehrlichen Diskussion stellen, auf welche Weise und mit welchen Fähigkeiten wir uns verteidigen wollen.

**Entsprechend der Verfassung wäre die Umfassende Landesverteidigung (ULV) umzusetzen. Die geforderte Miliz muss einsatzfähig sein und braucht daher dringend wieder die Truppenübungen 6+2. Die Budgetierung Bundesheer ist der Bevölkerung und den eigenen Soldaten gegenüber verantwortungslos. Derzeit für die Neutralität unverantwortliche 0,6%. Im einzigen relevanten Bündnis (NATO) wären es verpflichtende 2%. Wir vom KULV fordern 2% Regelbudget.**

Unsere Neutralität - in der Praxis sehr flexibel interpretiert - wurde nie auf ihre aktuelle Zweckmäßigkeit überprüft, sondern zum vermeintlich unantastbaren Mythos erhoben.

**Die Neutralität steht in der Verfassung. Die Bevölkerung will an der Neutralität festhalten. Dies zeigen alle Meinungsumfragen. In der EU ist Österreich solidarisch. Der Einsatz der Mittel ist selbstbestimmt.**

Als EU-Mitglied und Teilnehmer an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist Österreich schon jetzt zur Solidarität verpflichtet.

**Aber nicht zum militärischen Beistand! Die EU ist kein Verteidigungsbündnis und wird es auch nicht in absehbarer Zeit werden. Das Verteidigungsbündnis der Mehrzahl der EU-Staaten ist die NATO (23 von 27). Die NATO ist neben der Neutralität die einzige schutzbietende Alternative.**

Angesichts der aktuellen Bedrohung muss es **eine Debatte ohne Scheuklappen** geben. Die Unterzeichner:innen dieses Aufrufs haben unterschiedliche Positionen zu Fragen wie Neutralität und Bündnisfreiheit,

**Nur diese Position ist Verfassungskonform! Sie bedingt für das KULV sofort ein 2% Regelbudget und eine 10 Milliarden Anschubfinanzierung für das Bundeheer. Truppenübungen 6+2. Wie von vielen Experten aus Militär und Politik gefordert.**

---

<sup>1</sup> Siehe: <https://www.unseresicherheit.org/>.

<sup>2</sup> Gemeinsam mit [Matthias Strolz](#) konzipierte Dengler 2012 eine neue liberale Partei, [NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum](#), und war bis Oktober 2013 stellvertretender Vorsitzender. Sieh in: Elisalex Henckel: *Neos: Österreichs pinker Fleck in der Polit-Landschaft*. In: *DIE WELT*. 20. Oktober 2013 ([welt.de](#) [abgerufen am 14. November 2018]).

einer vertieften EU-Verteidigungspolitik oder

**Gegen eine Vertiefung spricht nichts. Die EU ist aber kein Bündnis und somit auch keine Alternative für Österreichs Neutralität. Eine zukünftige EU-Armee bleibt daher ein Konstrukt bzw. eine Absichtserklärung. Darauf kann keine verantwortungsvolle österreichische Sicherheitspolitik basieren.**

einem Beitritt Österreichs zur NATO.

**Dies wäre eine Alternative, da die NATO ein Bündnis ist. Diese Option (nach Volksabstimmung) war Inhalt der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin 2001 und wurde in der Sicherheitsstrategie 2013 gestrichen.**

Uns eint die Überzeugung, dass der **Status quo** unserer Sicherheitspolitik nicht nur unhaltbar, sondern **gefährlich** für unser Land ist.

**Warum? Ja, wenn es um die fehlende Umsetzung der ULV geht. Dafür trägt der Bundespräsident, der Bundeskanzler und die Bundesregierung die Verantwortung. Ja, wenn es um die fehlende MLV und Budgetierung für das Bundesheer geht. Ja, wenn es um die fehlende WLV (fehlende Bevorratung, Schutz der Lieferketten, ...), GLV (fehlende Resilienz der Schüler und Studenten, kaum noch Informationsoffiziere vom Bundesheer in den Schulen, mangelnde Umsetzung vom „GLV Erlass“ durch die Lehrer, ...) und ZLV (Kein Schutz für die Bevölkerung, persönliche Bevorratung, Autarkie der Blaulichtorganisationen, fehlende Zivilschutzübungen, ...) geht.**

Unsere Nachbarschaft ist in den letzten Jahren unsicherer geworden und unsere Gesellschaft zunehmend bedroht: Konflikte in der östlichen und südlichen Nachbarschaft, islamistischer Terror, Einflussnahme auf demokratische Prozesse durch Russland und China, Erstarken gewaltbereiter rechtsradikaler Gruppierungen, Cyberangriffe.

**Es gibt noch mehr Bedrohungen! Warum nur diese Auswahl? Wieso fehlen Angriffe auf EU-Staaten? Bedrohung Luftraum z.B. durch Drohnen oder Raketen? Wieso fehlt die illegale Migration?**

Trotz eindringlicher Warnrufe von Experten kam es in der Folge nicht nur zu keiner Stärkung des Bundesheeres und unserer Nachrichtendienste, sondern sogar zu deren Schwächung.

**Warum nicht mehr Budget für das BMLV? Truppenübungen für die Miliz? Vollausrüstung (nicht nur Mannesausrüstung) für 55.000 Soldaten?**

**Wir sind nun unvorbereitet**, und das in der schwersten sicherheitspolitischen Krise Europas seit 1945. **Und der Verantwortliche Oberbefehlshaber soll diese Arbeitsgruppe leiten? Verantwortung Regierung? Konsequenzen?**

➤ Wir müssen die sicherheitspolitischen Lehren daraus ziehen, dass sich Österreich **energiepolitisch von Russland abhängig gemacht und sich an Putin angebedert hat** – trotz seiner autoritären und menschenrechtsverletzenden Führung, trotz Auftragsmorde in EU-Mitgliedstaaten, trotz kriegerischer Aggressionen.

**Versagen von den zuständigen Ministerinnen? Konsequenzen?**

**Wir schlagen daher eine breit angelegte Debatte über die Zukunft der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor, geleitet durch eine vom Bundespräsidenten eingesetzte unabhängige Expertengruppe.**

**Wieder wird diskutiert statt endlich dem Bundesheer die Mittel zur Verfügung zu stellen!? Es gibt genügend Konzepte und Papiere! Die ULV braucht Geld, Personal, einen neuen Landesverteidigungsplan und in der Krise keine Richtungsdiskussionen.**

➤ Diese Debatte muss jetzt beginnen, ihr muss ausreichend Zeit gegeben werden, und sie benötigt einen klaren Fahrplan.

➤ Sie muss allen Österreicher:innen offenstehen, einschließlich unterstützender Bürgerforen.

**Welche Bürgerforen? Wer entscheidet über die Beteiligung? Welche Transparenzmaßnahmen werden bei den Bearbeitungen angewendet?**

➤ Als Ergebnis möge das Parlament eine neue österreichische Sicherheitsdoktrin und eine sie implementierende Gesetzgebung beschließen.

**Warum nur eine Sicherheitsdoktrin. Der offene Brief betrifft im Wesentlichen die Verteidigungspolitik. Daher eine Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin! Statt Diskussionen erwarten wir eine rasche Umsetzung der ULV, eine massive Budgetaufstockung und bis 2025 einen neuen Landesverteidigungsplan.**

Diese neue Sicherheitsdoktrin erfordert eine gesamtgesellschaftliche Diskussion, in der parteipolitische Interessen in den Hintergrund und das **Gesamtwohl unseres Staates** in den Vordergrund treten sollte. An dieser Diskussion sind wir bereit mitzuwirken.

**Die Expertise der Unterzeichner muss leider entsprechend unserer Anmerkungen zumindest in Zweifel gezogen werden. Oder geht es gar nicht um eine ergebnisoffene Diskussion? Wir können gerne mit Expertise aushelfen.**

*Die Unterzeichner äußern sich hier als Staatsbürger:innen, nicht als Vertreter:innen Ihrer Institutionen.*

**Lässt sich das seriös trennen? Unserer Meinung nach nicht.**

**Mit freundlichen Grüßen**

*Team KULV*

**PS: Wir sind sehr an einer Mitarbeit in der Arbeitsgruppe vom Bundespräsidenten interessiert.**